

# „Freiräume für Drogenmissbrauch sind der völlig falsche Weg“

*Herr Dornquast, wo beginnt und wo endet für Sie das Recht auf einen Rausch?*

Ein verfassungsmäßig garantiertes Recht des Bürgers auf einen Rausch existiert nicht. Natürlich hat jeder das Recht, sich selbst frei zu entfalten, das endet allerdings dort, wo die Rechte anderer oder unsere Rechtsordnung verletzt werden.

*Die Regierung kann sich vorstellen, den Besitz von Cannabis ohne Strafverfolgung von*



Jurist und drogenpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion: Volker Dornquast

*derzeit sechs Gramm anzuheben. Was halten Sie davon?*

Gar nichts. Cannabis ist und bleibt eine illegale Droge, die keineswegs ungefährlich ist. Ihr Konsum führt zu Wahrnehmungsstörungen und bei regelmäßigem Konsum auch zur körperlichen Abhängigkeit und häufig zum Einstieg in härtere Drogen. Wenn die Grünen jetzt die Eigenbedarfsgrenze mehr als verdoppeln wollen, verharmlosen sie schlichtweg die Gefahren dieser Droge und erleichtern insbesondere die Arbeit der Dealer. 15 Gramm bedeuten 35 Joints. Bei den sogenannten legalen Drogen Nikotin und Alkohol werden die Vorschriften richtigerweise immer strenger und bei den illegalen sollen diese erleichtert werden. Dies ist ein politischer Irrweg.

*In Deutschland und Europa herrschen unterschiedliche Grenzen: Mal geht man bei ei-*

*nem Gramm, mal bei fünf, sechs oder 15 Gramm straffrei aus. Warum ist die eine Grenze falsch, die andere richtig?*

Die unterschiedlichen Zahlen sind in der Tat verwirrend. Allen gemeinsam ist aber, dass sie Obergrenzen für eine Menge beschreiben, die jemand jederzeit bei sich führen darf. Sie regeln aber nicht, wie viel Gramm Cannabis jemand beispielsweise über einen Monat besitzen darf. Anstatt über die Höhe von Obergrenzen zu streiten, sollten wir uns auf die Vermeidung von Drogen konzentrieren. Genau das haben wir als CDU auch auf unserem letzten Parteitag im März beschlossen. Legale Freiräume für Drogenmissbrauch sind der völlig falsche Weg, um diese Sucht erfolgreich zu bekämpfen.

*Die Gegenseite sagt: Bei sechs Gramm werden auch Gelegenheitskonsumenten, die weder abhängig noch kriminell sind, kriminalisiert und die Staats-*

*anwaltschaften und Gerichte unnötig belastet. Was halten Sie dem entgegen?*

Niemand wird unnötigerweise kriminalisiert. Die Frage ist insofern falsch. Wir können doch nicht Verbote lockern und Drogengrenzen anheben, nur damit statistisch weniger Straftaten begangen werden. Vielmehr müssen wir dafür sorgen, dass der Drogenkonsum und damit auch die Zahl der Drogentoten in den nächsten Jahren weiter abnimmt. Cannabis ist nach wie vor die illegale Droge, die am häufigsten in Deutschland konsumiert wird. Vor diesem Hintergrund ist es erfreulich, dass die Zahl derjenigen Jugendlichen, die in ihrem Leben schon einmal Cannabis probiert haben, seit 2004 rückläufig ist. Das ist auch der Erfolg frühzeitiger Aufklärung. Trotzdem gibt es rund zwei Millionen Menschen in Deutschland, die regelmäßig Cannabis konsumieren. Diese

Zahl finde ich erschreckend.

*Die Regierungskoalition in Schleswig-Holstein will es Städten und Gemeinden ermöglichen, öffentliche Fixerstuben einzurichten. Warum ist Ihre Partei dagegen?*

Für die CDU steht die Bekämpfung von Drogen und Sucht im Mittelpunkt. Dazu gehören eine wirksame Präventionsarbeit und die Unterstützung von Drogenabhängigen auf ihrem Weg aus der Sucht. Alles, was den Drogenmissbrauch erleichtert, ist der falsche Weg.

*Erhebungen etwa der Uni Oldenburg zeigen, dass sich Drogenabhängige weniger auf der Straße aufhalten, wenn es eine Fixerstube gibt, dass es weniger Überdosierungen, ein besseres Hygiene- und Gesundheitsverhalten gibt und dass Fixerstuben eine Brückenfunktion zu Therapie und Beratung bieten. Warum will die CDU diese Vorteile ungenutzt lassen?*

Es müssen alle Vor- und Nachteile sehr sorgsam abgewogen werden. Nicht alle Drogenkonsumräume, die einmal eröffnet wurden, existieren auch heute noch. Deshalb müssen in eine Bewertung auch die Erfahrungen anderer Staaten und Bundesländer mit einfließen.

*Umstritten ist auch der Vorschlag des Drogen-Checks. Ein sinnvolles Instrument, um Konsumenten vor verschmutzten Drogen zu bewahren?*

Keineswegs. Drogen sind und bleiben illegale Rauschmittel. Es kann nicht sein, dass der Staat illegal erworbene Drogen für den Konsum untersuchen will und damit den Eindruck erweckt, diese seien danach legal. Das passt nicht zusammen.

*Prävention setzt Kontakt voraus. Muss man nicht jede Chance nutzen, in Kontakt zu kommen, – auch per Drogen-Check?*

Ich bezweifle, dass ein Drogen-TÜV vor einer Disko oder bei einem Konzert der richtige Ansatz ist, um mit Suchtkranken in einen nachhaltigen Kontakt zu kommen.